

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Sonnabend.
Monatlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.;
bei jeder Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 12 Pf. mehr.
Die Postämter nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Reichs- und Provinz-Gewerks-
räte
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
Berlin N.O. 15, Großwasser Straße 12/13.

Verleger des Blattes:
Verlagsanstalt, 40 Pf., Familienanz. 20 Pf.
Verlagsanstalt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Großwasserstraße 12/13.
Verleger: Kurt Hagedorn, Nr. 12/13.

Nr. 47/48.

Berlin, Sonnabend, 24. August 1918.

Fünfzigster Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Ein gefährliches Spiel. — Die Deutschen Gewerksvereine im Jahre 1917. — Allgemeine Rundschau. — Aus dem Verbands. — Literatur. — Anzeigen.

Ein gefährliches Spiel.

Das fünfte Kriegsjahr hat begonnen, ohne daß begründete Hoffnung auf baldigen Frieden vorhanden wäre. Die Auffassung, daß keine der beteiligten Mächte einen so langen und kostspieligen Krieg würde aushalten können, ist durch die Wirklichkeit längst widerlegt worden. Das Nordens geht weiter, weil die Macht haben in den feindlichen Ländern damit noch nicht Schlus machen wollen oder können. Alle Friedensangebote der Mittelmächte sind schände von ihnen zurückgewiesen worden, obgleich die militärischen Erfolge zweifellos auf unserer Seite weit überwiegen. Daß darunter die Stimmung der Bevölkerung leidet und die Begeisterung, die bei Kriegsbeginn alle Schichten durchlöste, verfliegen ist, kann nicht verwunderlich erscheinen. Gibt es doch kaum eine Familie, die nicht einen Zugehörigen hat opfern müssen oder sonstwie durch den Krieg getroffen worden ist. Dazu das gerüttelte Maß von Räten und Entbehrungen, das wir nun jahrelang tragen müssen! Auf der andern Seite die Tatsache, daß wohlhabende Schichten sich so manches leisten können, was der Arme entbehren muß; außerdem Fehler und Mißgriffe der Behörden bei der Bewirtschaftung und Verteilung der Lebensmittelvorräte und endlich die Sorge, wie werde ich mich und die Meinen im kommenden Winter mit Kleidern und Schuhen versehen. Dies und noch manches andere drückt auf das Volk, und keine Stimmungsmaße hilft darüber hinweg.

Dazu kommt noch die Unzufriedenheit mit der Gestaltung der innerpolitischen Verhältnisse. Wenn man die Tagesgeschehnisse durchsieht, möchte man meinen, daß die Zerrissenheit im Volke niemals größer war als jetzt. Von Bürgerfrieden keine Spur! Gegenseitige politische Verhetzung, verächtliche Verunglimpfung macht sich überall breit, oft schlimmer als in Friedenszeiten, und keine Seite ist völlig frei von Schuld. Im Volke selbst sieht es gar nicht so schlimm aus. Hier besteht der feste Wille, nun auch weiter durchzuhalten, bis ein ehrenvoller, Sicherheit und nationale Zukunft gesicherter Friede möglich ist. Aber die Auseinandersetzungen in der Tagespresse, wie sie jetzt üblich sind, tragen oftmals wenig dazu bei, diese Entschlossenheit zu fördern. Wir sind gewiß Freunde eines offenen Wortes und bedauern die Einschränkung der Pressefreiheit recht sehr. Manchmal allerdings wird man das Gefühl nicht los, daß noch viel zu viel gedruckt und in die Öffentlichkeit hinaus gelangt wird. Etwas mehr Takt und Zurückhaltung wäre auch in der politischen Polemik durchaus am Platze. Die Stimmung des Volkes würde dadurch nur gehoben werden.

Welchen Schaden hat dann ferner das Scheitern der preussischen Wahlrechtsreform angerichtet? Wir wollen auf den Kern der Sache heute hier nicht eingehen. Das aber müssen doch auch die Gegner der Reform zugeben, daß die unangeheure Mehrheit des preussischen, des deutschen Volkes für das gleiche Wahlrecht ist. Es wäre ja auch Wahnmüß, wenn derjenige, der als Soldat Leben und Gesundheit so und so oft aufs Spiel gesetzt, vielleicht schweren körperlichen Schäden erlitten und seine Existenz geopfert hat, weniger politische

Rechte haben sollte als sein früherer Nachbar, der aus irgend einem Grunde nicht einbezogen worden ist. Kriegslieferungen erhalten oder lohnenderen Schleichhandel getrieben hat und nun über ein großes Vermögen verfügt. Jedes weitere Wort für die Widerumkehr des ungleichen Wahlrechts ist nach einer solchen Gegenüberstellung überflüssig. Trotzdem ist das gleiche Wahlrecht für Preußen in fünf Jahren abgelehnt worden. Wenn da sich in einem politisch mündigen Volke nicht eine tiefe Mißstimmung und Erbitterung festsetzt, verdient es kein besseres Wahlrecht. Deshalb, preussische Regierung, werde hart und treue Pflicht! Noch glaubt das Volk an die Erfüllung des im vorigen Jahre gegebenen königlichen Versprechens. Die Wirkungen, die ein Verjagen, eine manelnde Entscheidungsfähigkeit der Regierung zeitigen würde, möchten wir hier nicht ausmalen. Stelle man die Geduld nicht auf eine allzu harte Probe!

Und was noch zur Verbitterung und Verächtlichmachung der Volksstimmung beiträgt, das ist die Besetzung der hohen Arbeiterlöhne. Eine Besetzung im wahren Sinne des Wortes! Zugegeben, daß eine Schicht von besonders qualifizierten und deshalb begehrten Arbeitern in der Kriegsindustrie zur Zeit höhere verdient, die im Frieden als mackelhaft angesehen worden wären. Was will das aber bezogen angesehen der unangehörigen Preise für Lebensmittel und sonstigen unentbehrlichen Bedarf? Für die überprozentige Mehrzahl der Munitionsarbeiter überwiegt die Verteuerung der Lebenshaltung die Steigerung der Löhne bei weitem. Mit 75 Pfg. Stundenlohn ist im Frieden ein Arbeiter weiter gekommen als heute mit 3 Mk. Und außerdem arbeiten doch nun einmal nicht alle Arbeiter für Heeresbedarf. Man sollte sich also hüten, in der bisherigen gewöhnlichen Weise über „die hohen Arbeiterlöhne“ zu heizen. Gewiss, geht es vielen kleinen Gewerbetreibenden und manchen Beamten heute schlechter als manchen Arbeitern. Dafür können diese doch aber nichts. Und gerade diejenigen, die den Mund am weitesten aufreißen, die Herren von der Großindustrie und der Landwirtschaft, die sollten sich nur an die eigene Nase fassen. Jahre Kriegsgewinne sind doch wahrlich nicht gering anzuschlagen. Die Berichte der Aktiengesellschaften zeigen, daß sich auf die Besitzer der Papiere großindustrieller Werke ein reicher Dividendenregen ergossen hat, ohne daß die meisten von ihnen auch nur einen Finger krümmen zu machen brauchen. Daß auch die Landwirtschaft, trotz mancher Verdummnisse, goldene Zeiten erlebt hat, wird niemand ernstlich bestritten wollen. Aber darüber regt man sich nicht auf. Nur beim Arbeiter ärgert man sich; ihm gönnt man es nicht, wenn er bei harter, andauernder Arbeit es zu einem Lohn bringt, der ihm auch bei den herrschenden Feuerungsverhältnissen ein einigermaßen erträgliches Dasein gewährt. Auch das wirkt verbitternd und zerreißt die innere Geschlossenheit, deren wir doch gerade jetzt so dringend bedürfen.

Welche Folgen muß es aber haben, wenn fortwährend auf die Notwendigkeit von Lohnherabsetzungen hingewiesen und vor weiterem Fortschreiten auf dem Wege der sozialen Reformen gewarnt wird! Die Weise ist ja bekannt. Man konnte sie auch vor Kriegsausbruch schon hören. Neuerdings richten sich die Klagen gegen die militärischen Behörden, die zahlreiche sozialpolitische Maßnahmen getroffen haben sollen, die nach Recht und Gesetz zwar unannehmbar, aber unter dem einseitigen Gesichtswinkel einer Erfüllung von Forderungen der Arbeiterorganisationen aufzufassen gekommen seien. Dabei denkt man an das Hilfsdienstgesetz, das angeblich den Arbeitern ihren Ar-

beitgebern gegenüber starke Trümpe in die Hand gegeben hätte. Wer so etwas schreibt, der hat keine Ahnung, wie man in Arbeitsfreien über das Hilfsdienstgesetz denkt, der versteht auch nicht, daß die deutsche Arbeiterschaft mit dem Gange der Sozialpolitik höchst unzufrieden ist. Gewiss, man hat ihr gewisse Zugeständnisse gemacht. Aber was will dies sagen gegenüber der Forderung der Gleichberechtigung, auf deren Erfüllung der denkende Teil der Arbeiterschaft hinarbeitet und von der wir leider noch so himmelweit entfernt sind! Bis zu diesem Ziel muß noch mancher Stein gelegt, noch manches Hindernis aus dem Wege geräumt werden. Und trotzdem magt man es, schon jetzt vor der Weiterführung und dem Ausbau der Sozialpolitik zu warnen, obgleich man sich doch sagen muß, daß, nach der jetzigen Ausnutzung aller Kräfte nach Friedensschluß ein durchgreifender Arbeiterdichs notwendiger ist denn je.

Wohin soll das alles führen, so fragen wir uns. Mit der Geduld der deutschen Arbeiterschaft wird ein geradezu gefährliches Spiel getrieben. „Das Volk in seiner weit überwiegenden großen Masse ist zum Aus- und Zurückhalten und damit zum Siegen entschlossen, aber es hat ein Recht zu verlangen, daß man ihm diese Stimmung nicht verflimmere und verderbe.“ So schrieb kürzlich ein früherer deutscher Diplomat, ein konservativer Weltpolitiker. Der Mann hat durchaus recht, und alle diejenigen, die zu den geschicktesten Zuständen beitragen, laden ein schweres Maß von Verantwortung auf sich. Die deutsche Arbeiterschaft ist so einseitig, daß sie längst weiß, um was es sich für sie in diesem Kriege handelt. Die in die verschiedensten Formen gekleideten Trohmannen feindlicher Staatsmänner mit der wirtschaftlichen Erdrosselung Deutschlands, wenn es militärisch niedergeworfen ist, haben es den Arbeitern immer und immer wieder zu Gemüte geführt, daß sie weiter Geduld haben und erfüllen ihre Pflicht dem Vaterlande gegenüber getreulich müssen. Aber man soll es ihnen nicht gar zu schwer machen und sich hüten, denjenigen Wasser auf die Mühlen zu leiten, die an der Verschärfung der Gegenläufe ein Interesse haben. Letzten Endes hätten die Feinde des deutschen Volkes davon den Vorteil.

Die Deutschen Gewerksvereine im Jahre 1917.

Es geht wieder aufwärts! Das ist das hervorsteckendste Merkmal, das uns aus der Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben unserer Organisation für das Jahr 1917 hervorleuchtet. Wenn auch die Wirkungen des Krieges in den Zahlen sich noch bemerkbar machen, so tritt doch auch andererseits mit Bestimmtheit die Tatsache hervor, daß die abgelehnten Beschränkungen, die Organisationen mühten unter der Last des Krieges zusammenbrechen, ungerechtfertigt waren. Als der erfreulichste Umstand ist es zu verzeichnen, daß vor allen Dingen in der Mitgliederzahl nicht nur der Rückgang aufgehört hat, sondern ein bedeutender Aufschwung zu verzeichnen ist. Bis Ende 1917 ist die Mitgliederzahl in unserem Verbands um 21 347 auf 79 113 gestiegen. Dieser Aufschwung tritt auch in diesem Jahre weiter deutlich in der Erscheinung. Rechnet man die im Felde stehenden Kollegen hinzu, so ist die Zahl der den Gewerksvereinen angehörenden Mitglieder erheblich höher als in Friedenszeiten. Die Ortsvereine freilich haben sich nur um 11 vermehrt. Für Rearrangierungen ist offenbar die Zeit nicht allzu günstig.

Einnahme.

Tabelle I.

Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben

Name des Gewerkschaftsvereins.	Zahl der				Einnahmen aller Klassen, auch der Kranken- und Begräbniskassen insgesamt, als						Unterstützung bei:															
	Ortsvereine	männlichen Mitglieder	weiblichen Mitglieder	Mitglieder überhaupt	Eintrittsgelder		Wochenbeiträge		Zinsen		Sonstige Einnahmen		Einnahme d. Orts- u. a. Sozialbeitr.		Arbeitslosigkeit		Reise		Umzug		Notfällen		Krankenfällen		Sterbefällen	
					₰	₰	₰	₰	₰	₰	₰	₰	₰	₰	₰	₰	₰	₰	₰	₰	₰	₰	₰	₰	₰	₰
Metallarbeiter	725	43791	1403	45 194	15 660	25	1 102 116	17	108 038	33	57 931	60	125 775	82	15 073	33	1 714	60	8 517	30	43 300	81	283 928	60	117 488	48
Fabrik- u. Handarbeiter	446	11728	1218	12 941	1 766	75	277 119	54	30 705	21	1 827	92	—	—	1 782	68	—	—	889	—	2 838	—	140 698	02	17 686	—
Eisenbahner (Bürttg.)	100	5800	—	5 300	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schuhm. u. Lederarb.	108	2148	511	2 659	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Textilarbeiter	67	1140	1570	2 710	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Holzarbeiter	145	2810	156	2 466	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schneider	70	1294	581	1 875	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zigarren- und Tabakarbeiter	26	592	1039	1 631	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Frauen und Mädchen	25	—	1168	1 168	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Löpfer	45	675	25	700	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eisenbahner (Breslau)	16	478	—	478	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Maler, Radierer etc.	48	410	8	418	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bauhauwerter	36	350	—	350	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ronbitoren	6	100	—	100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bildhauer	11	96	—	96	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kellner	2	189	—	189	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Brauer*)	28	748	—	748	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Maschinen-Hamburg	1	55	—	55	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bäcker-Danzig	1	40	—	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe	1906	71444	7669	79 113	18 694	22	1 719 735	05	172 801	77	76 315	69	151 880	57	28 593	66	2 143	43	4 776	16	62 599	52	581 518	34	170 520	28

*) Die Angaben der O.-B. der Brauer beziehen sich nur auf die Vereine Berlin, Dessau und Dresden.

Tabelle II.

Vermögensbestand der Deutschen Gewerkschaften und ihres Verbandes am 31. Dezember 1917.

Name des Gewerkschaftsvereins	Gewerkschaftsvermögen		Krankenkasse	Begräbniskasse	Gesamtvermögen
	Hauptkasse	Sozialkassen			
Metallarbeiter	1 182 706	81	182 105	29	755 552
Fabrik- und Handarbeiter	489 877	73	—	—	1 154 178
Eisenbahner (Bürttg.)	—	—	—	—	183 750
Schuhmacher und Lederarbeiter	—	—	—	—	163 230
Textilarbeiter	62 048	37	8 000	—	89 587
Holzarbeiter	14 852	85	4 500	—	19 521
Schneider	87 287	05	24 322	50	58 830
Zigarren- und Tabakarbeiter	120 924	18	81 764	71	132 466
Frauen und Mädchen	50 040	17	—	—	86 527
Löpfer	4 039	99	1 138	15	75
Eisenbahner (Breslau)	28 843	52	1 280	20	4 478
Maler, Radierer etc.	—	—	—	—	75 506
Bauhauwerter	11 511	61	740	—	46 164
Ronbitoren	1 065	40	245	30	—
Bildhauer	7 016	89	280	40	3 296
Kellner	3 668	50	—	—	4 424
Brauer	22 451	76	3 888	24	—
Maschinen Hamburg	—	—	—	—	840
Bäcker Danzig	—	—	—	—	20
Verbands- und Organkasse	47 269	26	—	—	—
Begräbniskasse	—	—	—	—	—
Summe	2 138 648	14	257 744	79	1 367 543
					21
					1 542 669
					95
					5 301 606

Die finanziellen Verhältnisse boten schon im vorigen Bericht ein günstiges Bild. Das gilt in verstärktem Maße in diesem Jahre, wie aus der Tabelle 1 deutlich zu ersehen ist. Die Gesamteinnahmen im Jahre 1917 beliefen sich auf 2 139 227,30 Mk. Das sind 385 839,94 Mk. mehr als im Jahre 1916. In dieser Einnahme spiegelt sich die größere Mitgliederzahl wider. Die Gesamtausgaben betragen 1 899 551,43 Mk. Sie sind hinter den Einnahmen um 239 675,87 Mk. zurückgeblieben. Die kritische Zeit, in der die Einnahmen niedriger waren als die Ausgaben, ist also auch überwunden. Im Vergleich mit dem Jahre 1916 sind die Ausgaben gestiegen, und zwar um 227 319,43 Mk. Selbstverständlich ist auch diese Mehrausgabe auf die vergrößerte Mitgliederzahl zurückzuführen.

Bei der Betrachtung der einzelnen Ausgabe-posten stößt man häufig auf die Wirkungen des Krieges und seiner Begleiterscheinungen. Der für Unterstützung bei Arbeitslosigkeit ausgegebene Posten ist weiter erheblich gesunken. Er beträgt nur noch 28 593,66 Mk. gegen 43 935,69 Mk. im Jahre 1916 und 96 548,41 Mk. im Jahre 1915. Auch damals schon zeigte dieser Posten einen erheblichen Rückgang. Das stetige Sinken ist ein Beweis für die durch die Kriegsindustrie günstig gestellte Lage des Arbeitsmarktes. Für Reise und Umzug sind die Ausgaben etwas gesunken. Für Notfälle ist mit 62 599,52 Mk. das Doppelte ausgegeben worden wie im vorigen Jahre. In der erhöhten Summe kommen in der Hauptsache Unterstützungen von Kriegsfamilien zum Ausdruck. Wenn die Rubrik der Ausgaben für Invalidität diesmal plötzlich auf 19 559,18 Mk. gestiegen ist, so ist dies nur auf eine Änderung in

der Buchung beim Gewerkschaftsverein der Metallarbeiter zurückzuführen.

Die Ausgaben für Krankenfälle sind gegen das Vorjahr um 87 419,38 Mk. gestiegen, die für Sterbefälle um etwa 40 000 Mk. Neben der größeren Mitgliederzahl dürften in diesen Zahlen auch die Wirkungen der schlechten Ernährungsverhältnisse mit zur Geltung kommen. Für Streik und Aussperlungen betragen die Ausgaben nur 1361,15 Mk. Sie fallen gegenüber den Summen aus der Friedenszeit überhaupt nicht ins Gewicht. Die deutsche Arbeiterschaft ist sich, wie diese Zahlen zeigen, des Ernstes der Lage sehr wohl bewusst und sucht Arbeitsstörungen möglichst zu vermeiden. Im übrigen wird man wohl auch nicht fehlgehen in der Annahme, daß die durch das Hilfsdienstgesetz geschaffenen Schlichtungseinrichtungen zur Verhütung von Lohnkämpfen erheblich beigetragen haben. Möge man daraus die notwendigen Schlussfolgerungen für die Zukunft ziehen!

Für Agitation und Reisen sind die Ausgaben um rund 23 000 Mk. gestiegen. Das Agitationsbedürfnis war im vergangenen Jahre also stärker. Außerdem wurde das Reisen auch schon teurer. Die Mehrausgaben sind ja durch eine erhebliche Mitgliederzunahme mehr als wettgemacht worden. Die Unkosten für Hauptvorstandsitzungen, Konferenzen usw., sowie diejenigen für die Verwaltung sind im Großen und Ganzen dieselben geblieben. Bei den Verwaltungskosten ist nur insofern eine Verschiebung eingetreten, als dieselben bei den Hauptkassen gefallen sind, während die örtlichen Unkosten in demselben Maße gestiegen sind. Die Aufwendungen für die Zeitungen weisen eine Steigerung um über 15 000 Mk. auf. Diese Mehrausgaben sind verursacht durch die gestiegenen

Veröffentlichungskosten für alle Organe. Noch stärker zeigt sich die Wirkung der erhöhten Druckkostenpreise bei dem Posten Druckfachen, der von 18 961,92 Mk. im vorigen Jahre auf 59 761,51 Mk. gestiegen ist. Selbstverständlich sind auch erheblich mehr Druckfachen und Agitationschriften hergestellt worden, die bei der Verarbeitung erfolgreich verwendet worden sind. In der Erhöhung der Ausgaben für Ortsverbände- und Verbandssteuern um etwa 9000 Mk. zeigt sich wiederum die Zunahme der Mitglieder. In den Posten für Rechtschutz und neu angelegten Geldern sind erhebliche Änderungen gegen das Vorjahr nicht zu verzeichnen.

Auch der Ueberblick über den Vermögensstand der Deutschen Gewerkschaften, den uns Tabelle 2 erkennen läßt, gibt Anlaß zu erfreulichen Betrachtungen. Das Gesamtvermögen der Deutschen Gewerkschaften ist danach in allen ihren Klassen von 4 787 406,53 Mk. Ende 1916 auf 5 301 606,09 Mk. gestiegen. Es hat sich also um über eine halbe Million Mark vermehrt. Die Gewerkschaftshauptkassen besaßen am Ende des Berichtsjahres 2 138 648,14 Mk. oder 370 695,03 Mark mehr, die Lokalkassen 257 744,79 oder 64 217,36 Mk. mehr, die Krankenkassen 1 367 543,21 Mk. oder 25 818,96 Mk. mehr und die Begräbniskassen 1 542 669,95 Mk. oder 53 468,21 Mark mehr.

Jedenfalls zeigt diese Zusammenstellung, daß der Krieg unsere Organisation und ihre Einrichtungen in ihren Grundlagen nicht hat erschüttern können. Das vorübergehend ein Mitglieder-rückgang eintrat, war natürlich. Erfreulich ist, daß unter den Dabeimgeliebenen sich mehr und mehr das Verständnis für den Wert der Organisationsbahn gebrochen hat, so daß manche Lücke wieder ausgefüllt werden konnte. Und was die Klassenverhältnisse anbelangt, so zeigen die angeführten Zahlen, daß die Gewerkschaften den kommenden Ereignissen gewappnet gegenüberstehen. Der Friedensstand ist längst überschritten. Die Erwartung unserer heldenmütigen Kollegen, daß wir das Bestehende erhalten würden, ist erfüllt. Aber das darf uns nicht genügen; wir müssen weiterstreben und vorwärts zu kommen suchen. Dazu bieten uns obige Zahlen eine scharfe Waffe. Im Kampfe für unsere Sache können sie benutzt werden, um die Zahl der im Jubiläumsjahre gewonnenen Mitglieder zu vermehren. An Anregungen und Mahnungen für die Werberarbeit hat es wahrlich nicht gefehlt. Nun müssen die Mitglieder selbst ihre Schuldigkeit tun.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 23. August 1918.

Zuschläge zur Witwen- und Waisenernährung. Endlich sind nun auch den Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern Zuschläge zu den Kriegsverorgungsgebühren bewilligt worden. Eine Bundesratsverordnung bestimmt, daß mit Wirkung vom 1. Juli d. J. ab den Witwen monatliche Zuschläge von 8 Mk., den Salbwaifen solche

Tabelle I.

Ausgaben.

Table with 15 columns: Unterstützung b. Streik, Mahregelung und Aussperrung; Bildungszwecke; Agitation und Reisen; Hauptvorstandsbezug Generalversammlung, Konferenzen usw.; Persönliche und sachliche Verwaltungskosten; Zeitungen nebst Besand; Drucksachen, Agitationsmaterial, Werbemittelvermittlung; Ortsverbands- und Ortsvereine; Rechtschutz; Neu angelegte Gelder pro 1917. Rows show financial data for various years and categories.

och stärker Druckkosten der von 761,51 M... ch erheblich herge... erfolgreich... chnung der... ndsternern... die Ju... für Rechts... erbedlich... ht zu ver... n g e n... den uns... zu erfreu... mögen der... allen ihren... 1916 auf... rt. Die... Ende des... 370 695,03... 4,79 oder... unkenntlich... r und die... 53 468,21

von 3 Mf. und den Postmännern von 4 Mf. nachgezahlt werden. Weisen, die das 16. Lebensjahr überschritten haben, erhalten keinen Zuschlag. Voraussetzung für die Gewährung der Zuschläge ist, daß die Hinterbliebenen Familienunterstützung beziehen oder bezogen haben. Den Hinterbliebenen von Militärpersonen, die keine Familienunterstützung bezogen haben, können auf Antrag im Bedarfsfalle diese Zuschläge ebenfalls bewilligt werden.

Die Zahlung erfolgt gegen Vorlage einer Bescheinigung des Gemeindevorstehers usw. über die geahnte Familienunterstützung, die bei der Postanstalt verbleibt. Die Bescheinigung ist der Postanstalt die das Kriegswitwengeld und das Kriegswitwenkind zu zahlen hat, vorzulegen. Diese Postanstalt zahlt die Zuschläge gegen Quittung und Angabe der Stammtafelnummer und verfolgt auch die Quittungsvordrucke. Die erste Quittung wird durch die Postanstalt ausgefertigt; die spätere Quittungsausfertigung hat der Empfänger zu besorgen. Die Zuschläge sind erstmalig sogleich bei der Ablieferung der Bescheinigung der Ortsbehörden fällig, später aber zusammen mit den Kriegsversorgungsgebühren gegen besondere Quittung abzugeben. Die Bescheinigungen werden von dem Gemeindevorsteher kostenlos ausgestellt.

Eine neue Vergütungsart ist den Eisenbahnern zuteil geworden. Neben der ihnen bewilligten Zulage hat man ihnen nun auch noch eine, wenn auch nur geringfügige Vergütung der Sonntagsarbeit zugesandt. Seit längerer Zeit schon irren die Eisenbahner allgemein danach, die Sonntagsarbeit zu beseitigen, oder doch wenigstens erheblich einzuschränken. Alle darauf bezüglichen Bemühungen aber waren bisher vergeblich, weil bei dem Manne an den die Verwaltung darauf nicht eingehen zu können glaubte. Nunmehr hat sie sich dazu entschlossen, um den Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, die tatsächliche Arbeitszeit an den Sonntagen in den Haupt- und Nebenwerkstätten von 6 auf 5 Stunden herabzusetzen. Ueber den Beginn und das Ende der Sonntagsarbeit sollen Vereinbarungen mit den Arbeiterausschüssen getroffen werden. Selbstverständlich ist mit der Verkürzung der Arbeitszeit nicht auch eine Herabsetzung des Lohns verknüpft.

Warme Worte der Anerkennung für die Tätigkeit der Organisationsvertreter fand der Regierungspräsident von Düsseldorf Dr. Kruege, als er den neuen Oberbürgermeister von Essen Dr. Luther in sein Amt einführte. Er sagte nämlich u. a.: „Ganz besonders weise ich hin auf die Mitarbeit der Arbeiter, der Arbeitervertreter. Als Regierungspräsident des industriereichsten Bezirkes der Monarchie darf ich mir wohl das Urteil gestatten, daß das Zusammenarbeiten mit den Arbeitervertretern während des Krieges eine Zeit und Freude war. Die Verhandlungen wurden immer sehr sachlich geführt, hatten ein brauchbares Ergebnis und führten zu einer Entspannung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die für die Zukunft Gutes verspricht.“

Wir legen dieses Zeugnis zu vielen andern zur Verwendung, wenn wieder einmal das Kapitel von den Hebern und bezahlten Agitatoren angeschnitten wird.

Gegen die Gelben und für die unabhängigen Organisationen hat sich vor einiger Zeit die „Nordd. Allg. Ztg.“, die häufig von der Regierung als Sprachrohr benutzt wird, ausgesprochen. Den äußeren Anlaß dazu haben Bestrebungen gegeben, die darauf ausgehen, mit Hilfe einer Zeitschrift „Die Hanse“ eine sog. wirtschaftsfriedliche, also gelbe Angestelltenbewegung ins Leben zu rufen. Dazu bemerkt die „Norddeutsche“:

Der Wert unserer deutschen Arbeitnehmerorganisationen hat die nationale Volksgemeinschaft ist durch das Weltkriegserlebnis zum Gemeingut der Erkenntnis unserer weitesten Volksschichten geworden. Doppelt bedauerlich ist daher, daß immer wieder gelehrt wird, durch mit finanziellen Mitteln künstlich großgezüchtete sogenannte gelbe Organisationen Störungsbereitschaft gegen die Entwicklung des unabhängigen Organisationsgedankens unserer mittelständischen Arbeitnehmer, der Angestellten, ausüben zu können. Die von der „Hanse“ und ihren wirtschafts-friedlichen Gönnern als Bedrohungen des deutschen Wirtschaftslebens angegriffenen zeitgemäßen sozialistischen Maßnahmen, des Sozialismus, und der Organisationsgedanke der Arbeitnehmer zählen gerade zu den Kräften, die unsere nationale Volksgemeinschaft zur höchsten Reife und allseitigen sozialen wie wirtschaftlichen Organisation zum Wohle des deutschen Volkes nicht nur in der Kriegszeit, sondern auch während der Friedenszeit braucht.

Das ist deutlich, und wir waagen nach verschiedenen Versicherungen hervorragender Regierungsvertreter der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß in diesen Sätzen die Auffassung der Reichsregierung wiedergegeben ist. Dann sollte man aber auch den Vorständen und Bürgern der unabhängigen Arbeitnehmerorganisationen etwas mehr Gehör schenken, als es in letzter Zeit gerade geschehen ist.

Im Lager der Gelben und ihrer Gönner haben die Bemerkungen des offiziellen Blattes einen Sturm der Entrüstung entfacht, der sich auch jetzt noch nicht gelegt hat. Zum Teil recht interessante Bekenntnisse sind dabei zu Tage gefördert worden. Wir sammeln sie zu demnächstiger Verwendung.

Das Kriegssamt gegen die Wohnungsnot. Die Gestaltung der Wohnungsfrage hat eine Ergänzung der Richtlinien für die Mitwirkung der Kriegssamtsstellen bei der Regelung der Verteilung im Baujahr 1918 notwendig gemacht. Neben der Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Kriegsindustrie und der stärkeren Förderung des Baues von landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden hält das Kriegssamt es für seine Pflicht, durch geeignete Maßnahmen der schon vorhandenen oder zu erwartenden Wohnungsnot vorzubeugen. Die Kriegssamtsstellen sind daher angewiesen worden, soweit eine Wohnungsnot wirklich besteht und die Dringlichkeit ihrer Beseitigung nachgewiesen ist, die erforderlichen Bauten wirksam zu unterstützen und die benötigten Baustoffe freizugeben. Die Feststellung der Dringlichkeit erfolgt im Einver-

nehmen mit den zuständigen Zivilbehörden. Im Betracht kommen:

Umbauten und Ausbauten, insbesondere Umbau von größeren Wohnungen durch Zerlegung in kleinere, Ausbau der Dachböden für Wohnzwecke, sowie Neuanlage von Kellerwohnungen, letztere sind jedoch nur zulässig in ganz besonderen Notfällen und unter baulich und gesundheitlich besonders günstigen Verhältnissen bei schärfster Beurteilung.

Notausbauten, z. B. Baracken, ein Hilfsmittel zur beschleunigten Beseitigung der Wohnungsnot, das nur in dringenden Ausnahmefällen zu empfehlen ist.

Neubauten: Fertigstellung der stillgelegten Wohnungsbauten: Die Weiterführung ist von Fall zu Fall zu prüfen und kann, wenn es die Verhältnisse erlauben, namentlich bei geringen Anforderungen an beschlagene Bauten, genehmigt werden; Bau von Einzelwohn- und Gruppenhäusern: Die Anträge sind von Fall zu Fall zu prüfen, jedoch unter schärfster Beurteilung, soweit es sich um größere Wohnungen handelt. Luxusbauten sind zu vermeiden; Kleinwohnungsbauten sind mit allen Kräften zu fördern. Anträge aus der Industrie auf Verteilung von Arbeiterwohnstätten sind je nach der Wichtigkeit der Baustandpunkte, umgeben von Prüfung vorzulegen. Die Genehmigung ist abhängig zu machen von der Zustimmung der zuständigen Landes- und Gemeindebehörden.

Die Kriegssamtsstellen sind angewiesen worden, die zur Förderung dieser Aufgaben etwa erforderlichen Einzelbefreiungen oder grundsätzlichen Befreiungen von den bestehenden feuer- und baupolizeilichen Vorschriften bei den zuständigen Behörden zu erwirken. Eine Entscheidung über den Zeitpunkt, an dem nach dem Kriege die durch Um- und Ausbauten neu entstandenen Wohnungen geräumt werden müssen, hat durch die jeweils zuständige Regierung (in Preußen durch den Oberpräsidenten) zu erfolgen. Für die Zulassung der notwendigen Baustoffe ist als Grundbasis festzusetzen, daß die nächstgelegenen Bezugsquellen zu wählen sind und das Landfuhrwerk sowie Wasserwege möglichst ausgenutzt werden.

Der Volksbund für Freiheit und Vaterland hat an der Schwelle des fünften Kriegsjahres eine Rundgebung veröffentlicht, in der es heißt:

Stärker als je offenbart sich der Vernichtungswille der leitenden Staatsmänner unserer Feinde gegen Deutschland. Sie bestehen nicht nur auf der völligen Zerrückung unserer Waffenmacht, sie bebarren auch auf ihren Plänen, dem deutschen Volke einen schimpflichen Frieden aufzuzwingen und es durch Abschneidung der Rohstoffe und Fernhalten vom Weltverkehr in wirtschaftliche Abhängigkeit zu drücken.

Diese Anschläge der Feinde, die sie zu Beginn des fünften Kriegsjahres laut verkünden, obwohl in ihren eigenen Ländern die Friedensschmach der Waffen sowohl wie der Einseitigkeit wächst, legen uns die unabweisbare Pflicht äußerster Anspannung und fester Sammlung zur Verteidigung des Vaterlandes auf. Jeder Mann und jede Frau muß sich klar sein, es geht um Leben, Ehre und Freiheit unseres Volkes. Deutschland würde in unspäres Elend versinken, wenn die Feinde siegen sollten.

Seit dem ersten Tage des Weltkrieges ist unser Volk von der tiefsten Liebesbezugung befeht, daß der ihm aufgezwungene Kampf uns Dasein einer Verteidigung seiner wertvollsten Güter gilt. In diesem Bewußtsein hat es Ströme seines besten Blutes vergossen, unglückliche Opfer gebracht und namenlose Leiden erduldet. Nicht um Länder zu gewinnen, nicht um die

ft 1918. erforgung... ebenen... n Kriegs... t. Eine... mit Mid... sen solch

Welt Herrschaft zu erringen, sind Deutschlands Söhne ausgezogen. Uns treibt nicht Eroberungslust! Dies Wort des 4. August 1914 gilt auch heute noch. Und wer diesem Kampfe eine andere Deutung gibt als die eines Verteidigungskrieges, der fälscht Geist und Seele unseres Volkes.

Die Waffen müssen sprechen, weil die Feinde es wollen. Aber im tiefen Vertrauen auf die Kraft unserer Fronten und die Standhaftigkeit der Heimat sprechen wir es gerade angeichts des Vernichtungswillens unserer Feinde aus, daß das deutsche Volk für dessen übergröÙe Mehrheit der Volksbund für Freiheit und Vaterland Wortführer ist, das Ziel dieser Verteidigungskämpfe in einem Frieden in Ehren für alle sieht, in einem Frieden der Verständigung, ohne gewalttätige Annexionen und erzwungene Kontributionen, in einem Frieden, der die Unverletzlichkeit unseres Vaterlandes und die Entwicklungsfreiheit unseres Volkes ebenbürtig sichert, wie er auch unseren Feinden die gleichen Güter gewährleistet. Der auf Recht und Gerechtigkeit begründete Völkerverbund, die allgemeine Einführung der Schiedsgerichtsbarkeit, die freie Austausch von Gütern in Handel und Verkehr, die Wiederherstellung der Kultur, Gemeinschaft aller Völker sind hohe Ziele, die dem deutschen Volke heilig sind.

Den Schluß bildet ein Appell an die feindlichen und neutralen Länder, diese Stimme des deutschen Volkes zu hören und eine Mahnung an die inneren Feinde des Volkes, die die freie Entwicklung und den wirtschaftlichen und geistigen Aufstieg hemmen wollen. Freiheit und Vaterland sind unserem kämpfenden und leidenden Volke in diesen Jahren des Weltkrieges zu einem untrennbaren Wesen verknüpft — mit diesem Feldruf zieht es in den Kampf der Waffen, mit dieser Lösung geht es an die Werke des Friedens!

Bereit sein! Die Vorbereitungen für die 9. Kriegsanleihe haben begonnen. Mithin wird eifrig gerüstet, um ihr einen vollen Erfolg zu sichern. Zu diesem Streben offenbart sich eine so selbstverständliche Pflicht, daß darüber kaum ein Wort verloren zu werden braucht. Das deutsche Volk wird auch heute noch von seinen Feinden in seinem Lebensdasein bedroht. Unsere Gegner haben immer noch nicht die Hoffnung aufgegeben, Deutschland niederringen zu können. Solange dieser Wille besteht, und wie er sich immer wieder in den unerföhrlichen und boshaften Reden der feindlichen Staatsmänner kundtut, die unser tapferes Heer als eine Zeit bezeichnen, die ausgerottet werden mußte, bleibt dem deutschen Volke trotz seiner so oft betonten Friedensliebe und Friedensbereitschaft nichts anderes übrig, als mit den schärfsten Waffen Abwehr und Angriff durchzuführen. Das geschieht nicht nur mit dem Schwert, sondern auch durch treue Seminararbeit und Vereinstellung der erforderlichen Geldmittel.

Unsere gemeinnützige Deutsche Volksversicherung hat bei den bisherigen Kriegsanleihen ihre Ehre darin gesetzt, auch ihrerseits zu einem vollen Erlöse der Anleihen beizutragen. Sie hat zu diesem Zweck den besonders empfehlenswerten Weg der Kriegsanleiheversicherung gewählt, der es auch den minderbemittelten ermöglicht, sich weit über ihre verfügbaren Barmittel an der Kriegsanleihe zu beteiligen. Die damit verbundene Versicherung auf den Tod oder Lebensfall gewährt zugleich einen starken Schutz für die unvermeidbaren Wechselfälle des Lebens. Auch bei der 9. Kriegsanleihe tritt die Deutsche Volksversicherung mit ihrer Kriegsanleiheversicherung auf den Plan; umfassende Werbearbeiten sind dafür in Vorbereitung. Wir handeln im Interesse des Landes und im persönlichen Vorteil, wenn wir diesen Bestrebungen unsere volle Unterstützung zuteil werden lassen. Auskunft erteilt die Generalrechnungsstelle des Verbandes in Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 221/223.

Großzügiges häßliches Vorgehen gegen die Wohnungsnot. M.H. Angesichts der vielerorts schon vorhandenen oder drohenden Wohnungsnot ist es dringendes Bedürfnis, sich über die mannigfaltigen zur Abhilfe möglichen Wege klar zu werden. Wer dieses Bedürfnis fühlt, der greife getroßt zu der Denkschrift der Stadt Dortmund „Ueber Maßnahmen gegen die Wohnungsnot“, die der Magistrat neben der Stadtverordnetenversammlung zur Begründung zahlreicher Anträge vorgelegt hat. Er wird in dieser Denkschrift reichlich, aus der Fülle der Praxis geschöpfte Belehrung über das ganze drängende Problem finden, und zugleich wird sich vor ihm das erfreuliche Bild einer mit ganz außerordentlicher Lafrast und großer Sachkenntnis gegen das Uebel ankämpfenden Stadtverwaltung entrollen.

Auf den verschiedensten Wegen ist man in Dortmund bemüht, diesen Kampf zu führen. Einmal ist man nachdrücklich auf die mögliche Ausnutzung der bereits vorhandenen Gebäude bedacht, aber das Ergebnis wird voraussichtlich doch nur ziemlich jähmlich sein. Sodann hat man sich auch der Kubarmachung der militärischen wie der industriellen Baracken zugewandt, aber hier ist das Ergebnis fast gleich Null. Auch die Schaffung von Kleinbauern auf der Grundlage neuer vereinfachter Bauverfahren und Baumstoffe (z. B. Kesselsche — Steine und Lehmstrahlbau) hat die Stadtverwaltung Dortmund einer Prüfung unterzogen, und ein besonderes Preisaus schreiben hierfür sowie die Errichtung von Probobauten sollten in die Wege geleitet werden. Als Hauptabhilfsmittel hat sich auch in Dortmund vorderhand die Errichtung von massiven Neubauten erachtet, und hier kommt der Wohnungsfürsorge der Stadt die bevorstehende umfassende Bautätigkeit der industriellen Werke sowie auch gemeinnütziger Körperschaften zustatten. Es ist indes reizvoll zu sehen, wie auch hier die Stadt auf die mannigfaltigste Weise fördernd und stützend eingreift oder einzugreifen gedenkt; durch Gründung einer besonderen großen gemeinnützigen Dortmund der Wohnungsnot, durch eine Sonder-Vaupolizeiordnung für Kleinbauern, Beschaffung von Baumaterial, Gewährung von Zuschüssen und Zuzuschüssen, eigene Bautätigkeit, Übernahme von Tragelasten, Befreiung von der Grundsteuer usw. Vielleicht wird man nach dieser oder jener Richtung noch einen Wunsch auf Ergänzung oder Ausbau des Dortmund der Wohnungsnot haben können, aber im ganzen wird wohl kein Freund des Gemeinwohls die Dortmund der Denkschrift aus der Hand legen ohne ein starkes Gefühl der Befriedigung darüber, wieviel ein auf geleitetes Gemeinwesen doch auch gegenüber dem schweren Uebel der Wohnungsnot in der jetzigen sorgenvollen Zeit vermag.

Vom freien Handel. Unermüdet sind die Anhänger der freien Wirtschaft in der Wiederholung der Versicherung, daß die Bestimmungen, die eine weitestehende Verkennung der Lebenshaltung von der Wiedereinführung des freien Handels bei Fortbestehen der Warenknappheit erwarten, im Unrecht sind. Man sollte deshalb vermuten, daß Produzenten und Händler zur Stärkung ihrer eigenen Stellung sich bemühen würden, die Preise für diejenigen Waren, die der Bewirtschaftung nicht unterliegen, niedrig zu halten. Aber weit gefehlt, sie huldigen nach wie vor dem Grundsatz: „Nimm was du kriegen kannst“ und fordern z. B. für Pilze geradezu unerträgliche Preise. Pfefferlinge kosten ungefähr das Sechsfache des Friedenspreises, bei Steinpilzen, Grünlingen, Champignons sieht es nicht viel anders aus. Wo keine Höchstpreise für Arisofen und Biriside festgesetzt sind, werden dafür Phantasiereise verlangt. Man sieht aus diesen Beispielen erneut, daß es mit der Verbraucherfreundlichkeit der Produzenten und Händler nicht weit her ist und daß der Kriegsausgang für Konsumenteninteressen durchaus recht hat, wenn er, zum Wohle der minderbemittelten Schichten, verlangt, daß an der öffentlichen Bewirtschaftung der wichtigsten Lebensmittel unbedingt festgehalten werde.

Aus dem Verbands
Waldenburg-Altkaiser. Unser Ortsverband hielt am 11. August in Zitenborn eine Versammlung ab, die sich eines sehr guten Besuchs erfreute. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten hielt uns der Bezirksleiter, Kollege Schoe, einen Vortrag, in welchem er die jetzigen Zeitverhältnisse klar beleuchtete. Der Redner rügte es, daß vielfach das Vereinsleben zu wünschen übrig läßt. Die Versammlungen werden schlecht besucht. Dies ist auf die Erleichterung und Mäßigung unter der Arbeiterkassette zurückzuführen, die schwer unter den Forderungen der Wirtschaft zu leiden hat. Ein solches Verhalten der Arbeiterkassette sei unverständlich. Nur durch laute Kundgebungen, wie das Beispiel der Agrarier zeigt, könne man seinen Forderungen Ausdruck verleihen. Nicht die Hände in der Tasche halten solle man, sondern in der Organisation für Abhilfe sorgen. Eines müßten sich die Kollegen jetzt zusammenstellen und gemeinsam mit den Vereinsvorständen Wandel zu schaffen bemüht sein. Auch an wertvollen Wünschen an die Vereinsverbände, wie sie die Versammlungen interessant gestalten können, sollte es nicht, ebenso wenig an Zinsangelegenheiten, auf welche Weise neue Mitglieder an die Organisation gewonnen werden können. Der Redner erbat für seine lehrreichen Ausführungen allgemeinen Beifall. Auch eine Entschädigung wurde angenommen, in der sich die Versammlung mit dem Referenten einverstanden erklärte und versprach, alles daran zu setzen, die Feier des 50jährigen Bestehens unserer Organisation

würdig zu begehen und als Ansporn zu reger Werberbeit zu betrachten. Nachdem sodann noch einige innere Angelegenheiten besprochen worden waren, gab Kollege Schoe Aufklärung über die Organisation der Kriegsbereitschaften und Kriegsteilnehmer. Das 10jährige Bestehen der Deutschen Gewerkschaften vom Ortsverband am 22. und 29. September durch Theateraufführung, Feste und Gesangsveranstaltungen gefeiert werden. Die Festlichkeiten sollen mit reger Werberbeit verknüpft werden. Nach anfeuernden Worten des Vorsitzenden wurde sodann die in jeder Beziehung anregend verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf das weitere Gedeihen der Deutschen Gewerkschaften geschlossen.
Julius Weich, Schriftführer.

Änderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.
Girshberg i. Schl. (Ortsverband). Nob. Wenzel, Schriftführer, Schöckstraße 27.
Kürberg (Secretariat). Alfred Winter, Zigarrestr. 18b.
Köfen (Ortsverband). P. Sommer, Schriftführer, W. S. Postenstr. 74.

Literatur.
Eingegangene Bücher und Broschüren
Rechtliche Maßnahmen zur Arbeitsvermittlung im Kriege. Herausgegeben vom Büro für Sozialpolitik. Verlag der Vaterländischen Verlags- und Anstaltsbuchhandlung, Berlin SW. 61, Johanniterstr. 5b. 108 Seiten, Preis M. 2.50. — Die Schrift bietet eine Zusammenfassung der wichtigsten Kriegsvorbereitungen auf dem Gebiet des Arbeitsnachweises, die von Reich, Einzelstaaten, Kriegsamtern und Generalkommandos erlassen sind. Da diese Bestimmungen an den verschiedenen Stellen zerstreut sind und es zudem erst eines eingehenden Studiums bedarf, um bei der Ueberfülle von Bestimmungen die noch in Kraft befindlichen von den durch neuere Bestimmungen überholt zu unterscheiden, kommt das Buch einem oft empfundenen Bedürfnis entgegen. Eine Einleitung von Dr. Käthe Gaebelein zeichnet in knappen Strichen die geschichtliche Entwicklung des Arbeitsnachweises im Kriege. Am den Forderungen, die das Büro in Gemeinschaft mit den Arbeiterorganisationen in bezug auf eine reichsrechtliche Regelung des Arbeitsnachweises aufgestellt hat, Vorbereitung zu verhandeln, ist eine gemeinsame Einunde dieser Stellen, die bereits in gewissem Umfang Verwirklichung gefunden hat, im Anfang abgedruckt, ebenso die vom Bund deutscher Frauenvereine ausgearbeiteten Vorschläge zur Ausgestaltung des Arbeitsnachweises für Frauen durch reichsrechtliche Regelung.

Anzeigen-Teil.
Zur Feier
unseres Verbands-Jubiläums
empfehlen wir den Ortsvereinen und Ortsverbänden zur Anschaffung:
das lebenswahre Bild unseres verstorbenen Anwalts:
Dr. W. Girsh,
künstlerisch ausgeführte Photographie (Aufnahme aus den letzten Lebenstagen) in seinem Kupferdruck, 10x23 cm groß, zum Preise von 60 Pf.
Der Betrag muß vorher an Verbandskassierer R. Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223 eingezahlt werden.

Attenregister für Arbeitersekretariate,
in übersichtlicher Weise eingerichtet zur Eintragung der angelegten Atten. Inneubehälter für jedes Arbeitersekretariat und jede Rechtsanwaltskassette der Deutschen Gewerkschaften. Dauernder Ueberblick über den Verlauf der behandelten Fälle.
Nr. 1 für 100 Atten Preis 3,00 Mark
2 „ 500 „ 8,00 „
Außerdem empfehlen wir wiederholt:
Eintragungsbücher für die Statistik
Form. D Nr. 1 für etwa 200 Auskünfte 1,50 Mk.
Form. D Nr. 2 „ 500 „ 3,00 „
Form. D Nr. 3 „ 1000 „ 5,00 „
Formulare für Unfall- und Invalidentatsachen.
Form. A für Verunfallungs- 25 Stk.
Form. B „ Returs- bzw. Revisionschriften 1,50 Mk.
Personalienfragebogen.
Form. C. 50 Stk. 1,50 Mk.
Versendung nur gegen Voreinsendung des Betrages an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin Greifswalderstraße 221/223.

Der Zentral-Arbeitsnachweis
der Berliner Ortsvereine (Stütz- und Panker)
NO. 55, Greifswalderstraße 221-23
wird hiermit jedermann zu unentgeltlicher Vermittlung empfohlen:
Bersprecher: Amt Alexander, Nr. 4702.